



MARTINLUKASKIM.DE



MARTIN LUKAS KIM / WWW.MARTINLUKASKIM.DE

Speiseraum der BND-Präsidenten-Villa am bisherigen Standort Pullach, neue BND-Zentrale in Berlin: Dunkle Vergangenheit, helle Zukunft?

Die Fleurop-Liste

Geheimdienste Der BND spionierte EU-Partner jahrelang konsequent aus. Jetzt sollen Europas Sicherheitsbehörden in der Terrorabwehr besser kooperieren. Wie soll das gehen?

Der Mann, der die Psyche des Bundesnachrichtendienstes erklären will, nippt an einem Cappuccino und erzählt von der Sahara. Es war vor einigen Jahren, als in der afrikanischen Wüste deutsche Touristen entführt wurden. Im Auswärtigen Amt in Berlin tagte der Krisenstab, beim Bundesnachrichtendienst (BND) in Pullach überlegten die Agenten, wie sie etwas über die Entführer erfahren könnten. Der Druck war groß, es ging um das Leben von Menschen.

Die französischen Geheimdienste hatten gute Quellen in der Region, doch sie wollten ihre Erkenntnisse nicht mit den Deutschen teilen. Also entschied der BND, die Franzosen zu bespitzeln, um an diese Informationen zu gelangen. So geschah es, dass die Deutschen die Behörde eines befreundeten Landes ausspionierten, das sie auf der politischen Bühne gern als engsten Verbündeten feiern. Befreundet? Verbündet? Eine Kategorie, die der Mann mit dem Cappuccino aus seiner Arbeit nicht kennt.

Beim BND war er damals in leitender Position beschäftigt, seinen Namen möchte er geheim halten. Er erzählt die Episode, um zu erklären, warum es für einen Nachrichtendienst manchmal notwendig sei, auch seine Partner abzuhören. Und wie es geschehen konnte, dass der BND so viele Institutionen in Europa ausspionierte. Unser Geschäft, sagt der Mann, beruht zuallererst auf Misstrauen.

Es dauerte nur wenige Stunden, nachdem in Brüssel drei Bomben explodiert waren und 35 Menschen getötet hatten, bis sich Politiker und Experten zu Wort meldeten. Sie verlangten eine bessere Zusammenarbeit der Geheimdienste in Europa.

Von einer Wertegemeinschaft war die Rede, von Solidarität, von Vertrauen. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) sprach von verschiedenen „Datentöpfen“, die endlich verknüpft werden müssten. Generalbundesanwalt Peter Frank und der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Burkhard Lischka, forderten ein europäisches Terrorabwehrzentrum.

Es ist ein Mantra, das seit Monaten gesungen wird, immer dann, wenn ein Anschlag geschieht. Wie im November auf das Stade de France und den Musikklub Bataclan in Paris, wie im Januar zuvor auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“.

Das Argument leuchtet ein: Wenn Terroristen Netzwerke über Grenzen hinweg bilden, dann müssen das auch Staaten tun,

die Terroristen bekämpfen. Doch die Kooperation der Sicherheitsbehörden in Europa ist noch immer rudimentär.

Warum das so ist, erklärt die Episode aus der Sahara. Geheimdienste misstrauen einander, statt sich zu vertrauen. Daten werden gehortet statt geteilt. Jeder spioniert jeden aus, die Enthüllungen aus der Vergangenheit haben es gezeigt. Die amerikanische National Security Agency (NSA) überwachte ein Handy der deutschen Kanzlerin, der BND spionierte den damaligen französischen Außenminister Laurent Fabius aus. Die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen.

Seit Monaten arbeitet die Bundesregierung an einem Gesetz, um ihren Geheimdienst zu reformieren. Die Transparenz



BND-Präsident Schindler*

Weniger Misstrauen, mehr Diskussion

soll verbessert werden, Misstrauen soll schwinden, gerade auch gegenüber europäischen Partnern. Doch der Argwohn ist tief verwurzelt. Wie tief, das zeigen Tausende Spähziele des BND, sogenannte Selektoren, die auf europäische Nachbarn gerichtet waren.

Sie bestehen aus langen Folgen von Buchstaben und Zeichen. Zu Anfang eine Telefonnummer, eine E-Mail-Adresse oder die Nummer eines Geräts, das ausspioniert werden soll. Dann das Thema: WPR für Waffenproduktion, LAP für Landwirtschaftspolitik, TEF für Terrorfinanzierung, ISG für islamistische Gefährder.

* Vor dem Foto eines Mitarbeiterzimmers in der BND-Zentrale in Pullach. Die Aufnahme ist, wie alle anderen in diesem Artikel gezeigten Fotos, Teil der Ausstellung „Unheimlich – Der Bundesnachrichtendienst 1956–2016“, die Schindler am 23. März in Hamburg eröffnet hat.

Es folgt das Land, in dem spioniert wird, abgekürzt mit drei Buchstaben. Am Ende steht häufig ein Sperrhinweis für diejenigen Geheimdienste, mit denen man die Ergebnisse der Ausspähung lieber nicht teilen will. HORT für Hortensie beispielsweise, womit die USA gemeint sind, BEGO wie Begonie, das Codewort für Dänemark.

Fleurop-Partner nannten die BND-Mitarbeiter die Dienste der anderen Länder, Fleurop wie der Blumenhändler aus dem Internet. Viele der BND-Selektoren trugen Sperrvermerke, was zeigt, wie groß das Misstrauen gegenüber diesen Diensten war.

Die Selektoren öffnen ein Fenster in die Spionagewelt des BND. Der Blick offenbart, wie ausgeprägt die Sammelwut der deutschen Agenten war. Zum Teil durchsuchten sie das weltweite Datenmeer mit denselben Begriffen wie ihre Kollegen von der NSA. Die gemeinsame Schnittmenge umfasste viele Bereiche: Politik und Wirtschaft, Behörden und Privatpersonen. Der BND schnüffelte in Krisenregionen, aber auch in Ländern wie den USA. Auffallend häufig waren die europäischen Nachbarn Ziel seiner Spionage.

So standen E-Mail-Adressen, Telefon- und Telefaxnummern fast aller europäischen Botschaften und zahlreicher Konsulate in Deutschland auf dieser Spähliste, selbst vor einer Vertretung des Vatikan schreckten die Agenten nicht zurück. Auch Anschlüsse der Innenministerien in Wien und Brüssel, des Verteidigungsministeriums in London, des Außenministeriums der USA waren aufgeführt, zudem Banken wie die HSBC.

Internationale Institutionen sollten ausgespäht werden, wie das Drogenkontrollprogramm der Vereinten Nationen, die OSZE in Wien, die Opec, der Internationale Währungsfonds in Washington. Nichtregierungsorganisationen waren unter den Spähzielen, Oxfam, Care International, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf, das International Medical Corps in Los Angeles, der International Action Center in New York.

Die Büros von Politikern wurden ebenfalls abgehört wie das des israelischen Ministerpräsidenten, dazu Telekommunikationsunternehmen wie British Telecommunications oder MCI Worldcom, ein Flugzentrum der Nasa, ein Department der U.S. Air Force, zahlreiche mittelständische Unternehmen in Österreich und der

Schweiz, selbst Heckler & Koch in Baden-Württemberg, das zum Zeitpunkt des Ausspähens in britischem Besitz war.

Zu Beginn der Spionageaffäre schien es, als schöpfe der BND europäische Ziele vor allem im Auftrag der Amerikaner ab. Empörung löste zum Beispiel die Enthüllung aus, dass die Deutschen für die NSA die Unternehmen Eurocopter und EADS abhörten. Der Vorwurf der Industriespionage stand im Raum. 73 Telefonnummern beider Firmen hatten die Amerikaner den Deutschen zur Überwachung übergeben. 2006 beendete der BND die Aktion, weil sie gegen deutsche und europäische Interessen verstieß.

Nun zeigt sich, dass der Dienst auch für seine eigenen Zwecke mindestens zwei Anschlüsse der Rüstungsfirmen abhörte, ein Büro von Eurocopter im französischen Marignane, außerdem einen Anschluss von EADS in Warschau.

Die Überwachung war so breit angelegt, dass sich die Frage stellt, ob die Ziele alle nötig waren, um Terroristen und Geldwäschern auf die Spur zu kommen, Menschenhändlern und Waffenlieferanten. Anders gefragt: Wie viele Eingriffe in persönliche Daten sind notwendig, um die Sicherheit in Deutschland zu gewährleisten?

Keinem zu trauen, das zeigen diese Suchbegriffe, gehört zur Mentalität des BND. Doch über dieses Misstrauen wird genauso wenig gesprochen wie über die Frage, was sich die Gesellschaft von einem Nachrichtendienst erwartet, welche Befugnisse er haben soll, wo seine Grenzen sind. Solange dies nicht geschieht, wird auch keine ehrliche Debatte über eine sinnvolle Terrorbekämpfung in Europa möglich sein.

Seit zwei Jahren versucht ein Untersuchungsausschuss, die Aktivitäten der Geheimdienste auf deutschem Boden aufzuhellen. Doch die Abgeordneten scheitern immer wieder am Misstrauen, das ihnen entgegenschlägt. Die meisten Mitarbeiter des BND sagen nur das, was sie müssen, um sich nicht strafbar zu machen. Viele können sich an Details nicht erinnern, viele widersprechen sich, einige melden sich krank. Bei den Vernehmungen fährt oft ein Jurist des Kanzleramts dazwischen, sobald er die Gefahr sieht, dass geheime Informationen preisgegeben werden.

Man spürt diese Geheimniskrämerei auch in der Diskussion um ein neues BND-Gesetz, das die Arbeit des Dienstes regeln soll. Längst ist die Reform ins Stocken geraten. Einigen Politikern ist die geplante Kontrolle zu lax, anderen zu streng, sie fürchten, der Dienst werde handlungsunfähig. Die Bedenkenträger agieren im Stillen, Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) soll sich eingemischt haben, die Kanzlerin. Die Union ist in dieser Frage plötzlich gespalten.



BND-Ausrüstung am Standort Pullach

Ob im Ausschuss, ob in den Parteien, ob im Kanzleramt: Es prallen zwei Welten aufeinander, die der Reformier und die der Bewahrer. Mittendrin steht Gerhard Schindler.

Der BND-Präsident deutet auf ein Foto, auf dem ein Salamibrötchen zu sehen ist. Es ist sein Lieblingsbild und zeigt das Büro eines Naturwissenschaftlers in Pullach. Ein weißer Kittel hängt verknittert über dem Stuhl, auf einer Tafel im Hintergrund steht mit Kreide eine chemische Formel geschrieben, Papiere, Zeitschriften und Aktenmappen stapeln sich auf braunen Möbeln. Auf einem dieser Haufen liegt das Brötchen, noch eingewickelt in Frischhaltefolie. Das ist der BND, sagt Gerhard Schindler, wie er leibt und lebt.

Er ist umringt von Menschen, die Weingläser in den Händen halten. Schindler ist ins Verlagshaus Gruner + Jahr nach Ham-

burg gekommen, um eine Ausstellung über den BND zu eröffnen: Große Bilder des Fotografen Martin Lukas Kim zeigen das Innenleben dieser Behörde, aufgenommen in der Pullacher Zentrale. Sie lassen den BND sehr altmodisch erscheinen, wie ein Relikt aus dem Kalten Krieg. Die Fotos sind alle nachts entstanden, sie zeigen keine Menschen, aber viele Details. Sie stehen, wenn man so will, für die dunkle Vergangenheit des BND.

Die Ausstellung sei Teil einer neuen „Transparenzoffensive“, sagt der Präsident, er wünsche sich für die Zukunft einen zeitgemäßen Nachrichtendienst in einer modernen Demokratie.

Erst kürzlich hat er veranlasst, die Tarnnamen von BND-Außenstellen abzuschaffen, auch die Mitarbeiter müssen nun nicht mehr verschweigen, für wen sie arbeiten. Demnächst werden 4000 der 6500 Beschäftigten vom versteckten Gelände am Isarufer nach Berlin umgezogen sein, in einen modernen, lichten Bau mitten in der Hauptstadt. Auch davon sind Bilder ausgestellt, sie stehen, wenn man so will, für die helle Zukunft des BND.

Schindler weiß, wie weit der Weg von dunkel nach hell ist. Er spricht von einem „tiefen Einschnitt“ in die Kultur seiner Behörde, von „einer mentalen Veränderung“, die notwendig sei. Er will, so sagt er, weniger Misstrauen und mehr Diskussionen.

Ihn selbst haben die vergangenen Monate nicht unberührt gelassen, er war einige Zeit krankgeschrieben. Viele seiner Mitarbeiter fühlen sich zu Unrecht am Pranger und von der Politik im Stich gelassen. Im Ausschuss müssen sie der Öffentlichkeit erklären, wie der BND zum willfährigen Helfer der NSA wurde. Sie, die jahrzehntelang weitgehend unbehelligt im Geheimen spionieren durften.

2002 hatten die beiden Dienste, noch gezeichnet vom Schock der Anschläge von 9/11, in einem sogenannten Memorandum of Agreement eine enge Zusammenarbeit vereinbart, unter anderem in einer gemeinsam betriebenen Abhörstation in Bad Aibling. Millionen Suchbegriffe, sogenannte Selektoren, speisten BND-Mitarbeiter daraufhin für die Amerikaner in ihre Erfassungssysteme ein – doch die Öffentlichkeit erfuhr davon erst vor einem Jahr (SPIEGEL 18/2015).

Wie man heute weiß, hatten die Amerikaner den Deutschen Abertausende Suchbegriffe untergejubelt, die gegen deutsche Interessen verstießen. Rund 40 000 solcher Selektoren sortierte der BND im Laufe der Jahre aus, wie viele er übersehen hat, lässt sich nicht beziffern. 68,7 Prozent dieser Suchbegriffe hatten sich gegen Regierungsstellen von EU-Partnern gerichtet, viele weitere gegen deutsche Firmen.

Doch der BND spionierte auch aus eigenem Antrieb viele Ziele in Europa

aus, ganz ohne Auftrag der Amerikaner (SPIEGEL 43/2015). Erst Ende 2013 wies Schindler an, befreundete EU- und Nato-Partner nicht mehr auszuspionieren; problematische Selektoren blieben dennoch aktiv.

Das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestags, zuständig für die Überwachung der Nachrichtendienste, setzte eine Taskforce ein, die nach Pullach reiste. Sie bekam zwar Selektoren zu sehen, auf einer Liste, die 900 Seiten umfasste, aber ihr Abschlussbericht blieb geheim.

Trotzdem drangen Details nach außen: Der BND überwachte demnach nicht nur Politiker wie den französischen Außenminister, sondern auch deutsche Staatsbürger, etwa den Ehemann der Staatssekretärin im Bundesinnenministerium Emily Haber. Der Diplomat war von 2008 bis 2011 Leiter der EU-Beobachterkommission in Georgien. Weitere Deutsche standen auf der Liste, unter anderem Mitarbeiter in ausländischen EU-Einrichtungen. Das Misstrauen des Dienstes, es macht auch vor den eigenen Bürgern nicht halt. Die Taskforce kam zu dem Schluss, der BND habe eine „Vielzahl von Zielen aufgeklärt, die nicht auftragskonform und rechtlich unzulässig waren“.

Wie unter solchen Umständen eine europaweite Zusammenarbeit von Nachrichtendiensten gedeihen soll, bleibt ein Geheimnis. Solange es keine klare gesetzliche Grundlage für ihre Arbeit gibt, solange eine verlässliche Kontrolle fehlt, wird eine europäische Terrorabwehr nur schwer vorankommen.

Zwar teilt die Bundesregierung alle vier Jahre dem BND in einem geheimen Auftragsprofil mit, um welche Themen und Länder er sich kümmern soll. Zwar gibt es drei Instanzen, die den BND kontrollieren: die G-10-Kommission des Bundestags, in der vor allem betagte Juristen sitzen; das geheim tagende Parlamentarische Kontrollgremium; und eine Abteilung im Kanzleramt, die von Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche geführt wird. Doch vom Alltag der Spione scheint weder bei der Regierung noch bei diesen Instanzen viel anzukommen, wohl auch, weil keiner so genau nachfragt.

Jedenfalls würde das erklären, warum Angela Merkel am 24. Oktober 2013 am Rande eines EU-Gipfels einen Satz sagte, der zu einer ikonenhaften Losung wurde: „Das Ausspähen von Freunden geht gar nicht.“ Es war ihre Reaktion auf die Nachricht, dass die Amerikaner eines ihrer Handys überwacht hatten. Wusste sie zu diesem Zeitpunkt nicht, dass auch der BND Freunde Deutschlands überwachte? Wie blind war die Politik, wie ignorant?

Es ist die 91. Sitzung des NSA-Untersuchungsausschusses, Europasaal im Paul-Löbe-Haus, vierter Stock. Frank-Walter

Steinmeier (SPD) ist gekommen, um als Zeuge auszusagen. Er nimmt an einem halbrunden Tisch Platz, ihm gegenüber sitzen zehn Abgeordnete des Bundestags. Hinter ihm beobachten Vertreter der Bundesministerien, der Nachrichtendienste, der Bundesländer das Geschehen, neben ihm packen zwei Stenografen ihre Blöcke aus. Der Außenminister blickt auf eine Fensterfront, er kann die Ausflugsschiffe auf der Spree sehen. Die Gestaltung des Gebäudes, so hat es der Architekt einst beschrieben, soll den Anspruch des deutschen Bundestags an Offenheit und Transparenz symbolisieren.

Mehr als eine Stunde lang hält Steinmeier ein Eingangsreferat, er beschreibt die Lage kurz nach den Anschlägen von 9/11,

eine „völlig neue Qualität von Terrorismus“ habe sich da gezeigt und damit auch die Notwendigkeit, mit den Amerikanern eng zusammenzuarbeiten. Er sagt, er stehe nach wie vor zu dieser Kooperation.

Der Außenminister malt mit den Worten ein großes politisches Gemälde, das kann er sehr gut. An den feinen Pinselstrichen aber scheint er weniger interessiert.

Steinmeier war von 1999 bis 2005 Chef des Kanzleramts und oberster BND-Aufseher. Von problematischen Selektoren will er damals nichts mitbekommen haben. Er habe nie den Auftrag gegeben, europäische Partner auszuspionieren. Derartige Dossiers habe er auch später als Außenminister nie erhalten. Die politischen Positionen der europäischen Partner seien ihm

ohnehin klar gewesen, auf den BND sei er gar nicht angewiesen gewesen.

Ähnlich hatten sich Vorgänger Steinmeiers im Ausschuss geäußert. Bis zu seinem Ausscheiden als Chef des Kanzleramts im Jahr 2009 habe er keine Hinweise erhalten, dass der Bundesnachrichtendienst für die Amerikaner Suchbegriffe wie „EADS“ oder „Eurocopter“ eingegeben habe, sagte zum Beispiel Thomas de Maizière in seiner Vernehmung. War das Kanzleramt über viele Jahre so ahnungslos?

Interne Vermerke zeigen, dass der BND einem Referatsleiter im Kanzleramt bereits Anfang 2008 von problematischen NSA-Selektoren berichtete. Auch Ex-BND-Präsident Ernst Uhrlau sagte im Ausschuss aus, die Selektorenprobleme seien 2008 im Kanzleramt intensiv diskutiert worden. War der Chef bei dieser Debatte nicht dabei? Oder kann sich de Maizière daran nicht mehr erinnern?

Belastbare Antworten auf diese Fragen wird es nicht geben, denn Geheimdienstler und ihre Aufseher treffen Absprachen meist mündlich. Die sogenannte Präsidentenrunde zum Beispiel, zu der sich die Leiter der Sicherheitsbehörden auf Bundesebene jeden Dienstag im Büro des Kanzleramtschefs einfinden, kommt ohne Protokolle aus. Bei den Amerikanern heißt diese Methode „plausible deniability“, nachvollziehbare Abstreitbarkeit. Wer keine schriftlichen Spuren hinterlässt, muss sich zu nichts bekennen.

Wenn politische Führung fehlt, entwickelt sich ein Eigenleben. Beim BND äußerte es sich im ungezügelten Sammeln von Daten. War eine Speditionsfirma der Proliferation verdächtig, weil sie einmal Waren in den Iran lieferte? Sollte eine Chemiefirma überwacht werden, weil ihre Produkte auch zum Bombenbauen benutzt werden können? Über diese Fragen, sagen BND-Mitarbeiter, wurde oft und hitzig diskutiert. Im Zweifel aber wurde das Überwachungsziel lieber eingespeist. Etwas zu verpassen ist für einen Nachrichtendienst schlimmer, als zu viel anzuhäufen.

Rechtlich hatten die Mitarbeiter wenig zu befürchten. Der Bundesnachrichtendienst arbeitet zu großen Teilen ohne bindende Regeln. Zwar gibt es seit 1990 ein BND-Gesetz, das in zwölf Paragraphen einen Rahmen für die Arbeit des Dienstes schaffen soll. Doch beim Überwachen im Ausland, einer Hauptaufgabe des Dienstes, bewegt sich dieser weitgehend außerhalb deutscher Gesetze.

In seinem Datenhunger beging der BND obendrein Regelverstöße. Das zeigt die Weiterleitung von Rohdaten an die Amerikaner, die 2002 sogar automatisiert wurde. Interne Papiere belegen: BND-Stellen war zu diesem Zeitpunkt lange klar, dass dies zum Teil gegen deutsche und europäische Interessen verstieß.



BND-Räume in Pullach

Der BND aber wischte die Bedenken beiseite, mit abenteuerlichen Begründungen. Die „willentliche Weitergabe“ solcher Daten sei zwar „rechtswidrig“, hieß es in einem Gutachten. Doch mit dem Einsatz eines Filters dokumentiere der BND seinen Willen, keine schutzbedürftigen Daten aus Deutschland oder Europa an ausländische Dienste weiterzuleiten. Dass dieser Filter von Anfang an nur lückenhaft funktionierte, verschwieg man.

Es sei rechtlich „nicht zu beanstanden“, so das Gutachten, wenn der automatische Datenaustausch „als höherwertig anzusehen ist“ als die vereinzelte Weitergabe von „Erkenntnissen zu deutschen Staatsangehörigen“. Also: Eine enge Zusammenarbeit mit der NSA war wichtiger als der Grundrechtsschutz von Deutschen.

Eine Art Freibrief wollte sich Schindlers Behörde gar fürs Abgreifen von Kommu-

nikation ausstellen, die über Satelliten läuft. Im Orbit gelte das BND-Gesetz nicht, erklärte der Dienst laut Vermerk vom 25. 11. 2013 dem Kanzleramt seine sogenannte Weltraum-Theorie. Eine Referatsleiterin von Merkel konterte, sie halte die Argumentation für „kaum vertretbar“.

Die Kontrolle des deutschen Geheimdienstes, das zeigen diese Beispiele, hat versagt. Die SPD-Fraktion im Bundestag stellte deshalb im Juni vergangenen Jahres Eckpunkte zur Reform des BND vor, sieben Monate später waren viele Ideen daraus in einem Gesetzesentwurf enthalten, der aus dem Kanzleramt stammte.

Er sieht vor, künftig nicht nur Deutsche unter besonderen Schutz vor Überwachung zu stellen, sondern alle Bürger und Institutionen innerhalb der EU. Kritische Abhörmaßnahmen müsste demnach der Präsident abzeichnen. Ein externer Stab mit mehreren Referaten ist vorgesehen, der die Aktivitäten des BND enger überwacht.

Die Innenexperten der Großen Koalition waren sich in den Grundzügen schnell einig über das Vorhaben, auch Schindler stimmte zu. Mit dem Gesetzesentwurf, sagt der Karlsruher Verfassungsrechtler Matthias Bäcker, werde der Arbeit des Bundesnachrichtendienstes wenigstens ein Rahmen gegeben. Bäcker kritisiert zwar einzelne Regelungen als schwammig, insgesamt sei es aber ein Versuch, den Mitarbeitern des BND mehr Rechtssicherheit zu geben.

Umgesetzt ist die Reform aber noch lange nicht. Die Gespräche in der Koalition stocken seit Wochen, denn die CDU ist sich uneins. Ihr Innenexperte Clemens Binninger, der zugleich Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums ist, unterstützt den Entwurf aus dem Kanzleramt. Patrick Sensburg, Vorsitzender des NSA-Untersuchungsausschusses, schlägt dagegen vor, ein externes Kontrollgremium solle „regelmäßig dem Kanzleramt berichten“. Andere aus der Union würden den BND am liebsten so belassen, wie er ist.

„Die notwendige Reform darf nicht zum Zankapfel in der Union werden“, sagt Burkhard Lischka, der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion. Er fordert den Koalitionspartner auf, das Gesetzgebungsverfahren abzuschließen. Die Chance, „den Nachrichtendienst auf eine moderne und klare rechtsstaatliche Grundlage zu stellen“, dürfe man nicht verstreichen lassen, „vor allem nicht in Zeiten, in denen Anschläge drohen und wir die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Diensten brauchen“.

Der Gesetzesentwurf sollte ursprünglich noch vor Ostern im Bundestag diskutiert werden. Nun liegt er vorerst auf Eis.

Das Misstrauen, es hat wieder gesiegt.

Maik Baumgärtner, Martin Knobbe, Jörg Schindler

Mail: martin.knobbe@spiegel.de, Twitter: @MartinKnobbe